

E-1

Titel Grenzenlos. Sozial. Europa.

AntragstellerInnen Landesvorstand

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

1 Wir Jusos leben Europa. Die Einigung der europäischen Nationen hat unserem Kontinent Frieden, Wohlstand
2 und gesellschaftlichen Fortschritt gebracht. Seit Beginn der europäischen Integration werden Konflikte nicht
3 mehr mit Waffen, sondern mit Worten ausgetragen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Flucht hunderttau-
4 sender Menschen nach Europa und ein erstarkender Rechtsnationalismus stellen die EU allerdings vor eine
5 Zerreißprobe. Wir Jusos stehen unerschütterlich zum europäischen Einigungsprojekt. Aber wir wissen: Für
6 einen Erfolg der europäischen Idee braucht es Reformansätze und den politischen Willen, diese auch umzu-
7 setzen.

8 Unsere Vision ist ein geeintes Europa, in dem soziale und geografische Grenzen überwunden werden, in dem
9 Wohlstand gerecht verteilt wird und in dem Armut der Vergangenheit angehört. Wir wollen ein Europa, das sei-
10 nen eigenen Grundwerten des Humanismus und des Schutzes der Würde des Menschen auch in Zeiten großer
11 Herausforderungen, wie der Flüchtlingsfrage oder Wirtschaftskrisen, unabdinglich gerecht wird. Dafür müssen
12 wir Europas Institutionen neu ordnen und demokratischer machen, dafür braucht es ein neues, reformiertes
13 Wirtschafts-, Währungs- und Finanzsystem und eine Neuordnung europäischer Außenpolitik. Denn gerade in
14 global unruhigen Zeiten braucht es eine Europäische Union, die ihrer globalen Verantwortung in jeder Hinsicht
15 gerecht wird. Für dieses Europa werden wir mit vereinten Kräften streiten.

16 **Eine demokratische, föderale und transparente Ordnung für Europa**

17 Seit 1925 bekennt sich die deutsche Sozialdemokratie zu den Vereinigten Staaten von Europa. Wir wollen die-
18 ses Bekenntnis bekräftigen und erneuern. Unsere Vision ist, dass der Jahrzehnte währende Integrationspro-
19 zess der europäischen Gemeinschaft in einer europäischen Verfassung mündet, die einen europäischen Bun-
20 desstaat begründet.

21 Die Architektur der europäischen Institutionen beruhte zu oft auf politischen Einzelinteressen. Meist stan-
22 den Machtinteressen der starken Nationalstaaten stärker im Fokus als die Ausgestaltung eines funktionsfähi-
23 gen, demokratischen und sich selbst kontrollierenden politischen Bundesstaat. Dies wollen wir Jusos Baden-
24 Württemberg ändern.

25 *Das Europäische Parlament als demokratisches Zentrum*

26 Das Europäische Parlament muss zur Herzkammer der europäischen Demokratie werden. Die bisherigen
27 Rechte des Parlaments werden diesem Anspruch aber leider nicht gerecht. Als direkt gewählte Volksvertre-
28 tung soll es mit einem starken Mitspracherecht, der Möglichkeit zur Gesetzgebungsinitiative, Haushalts- und
29 Kontrollrechten gegenüber der Exekutive gestärkt werden. Das Übergewicht der nationalen Regierungen im
30 europäischen Gesetzgebungsverfahren wollen wir durch eine Stärkung des Parlaments überwinden. Die Pra-
31 xis nationaler Regierungen, weitreichende europäische Verträge am Parlament vorbei in plurilateralen Verein-
32 barungen abzuschließen, wie es im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise stattgefunden hat, wollen wir
33 beenden.

34 Wir wollen den transnationalen Charakter des Europäischen Parlaments weiter ausbauen: Hierfür fordern wir
35 die Einführung eines einheitlichen Wahlrechts nach dem Vorbild der personalisierten Verhältniswahl sowie
36 europäische Wahllisten und transnationale Wahlkreise. Die Rechte der Unionsbürgerschaft wollen wir weiter
37 ausbauen: Bei jeglichen Wahlen und Volksabstimmungen auf allen Ebenen sollen UnionsbürgerInnen in dem
38 Mitgliedsstaat, in dem sie ihren ständigen Wohnsitz haben, wählen dürfen.

39 *Die Europäische Kommission als echte europäische Regierung*

40 Die Europäische Kommission wollen wir in eine echte europäische Regierung umwandeln. Es gilt, das Prinzip
41 „Ein Kommissar pro Mitgliedsstaat“ abzuschaffen und die Größe der Kommission zu reduzieren. Eine euro-
42 päische Regierung soll die EU nach außen durch ein europäisches Außenministerium vertreten sowie durch
43 ein Finanzministerium einen eigenen, vom Parlament beschlossenen, Haushalt verwalten. Die Kommission
44 soll durch das Europäische Parlament gewählt werden. Das Prinzip der Spitzenkandidatur wollen wir erhalten,
45 jegliche Abkehr davon würde der Wahrnehmbarkeit europäischer Politik einen schweren Rückschlag ertei-
46 len.

47 *Gewaltenteilung in Europa*

48 Wir Jusos wollen auf europäischer Ebene ein echtes Zweikammernsystem etablieren, in dem die Regierun-
49 gen der Nationalstaaten in einem kontrollierenden, legislativen Organ vertreten sind. So kann gewährleistet
50 werden, dass die Nationen und Regionen Europas weiterhin am Entscheidungsprozess beteiligt sind und der
51 politische Wille der Mitgliedsstaaten abgebildet wird. Um eine handlungsfähige, demokratische Union zu eta-
52 blieren, muss das bestehende Ratssystem allerdings umgebaut werden. Statt Einstimmigkeitsprinzip sollen
53 künftig Mehrheitsentscheidungen zur Regel werden.

54 Unser klares Ziel ist eine europäische Verfassung. Den EuGH wollen wir bei Erreichung einer solchen zum euro-
55 päischen Verfassungsgericht weiterentwickeln, dessen Aufgabe das Wahren der Prinzipien der europäischen
56 Verfassung, das Klären von Organstreitigkeiten sowie konkrete und abstrakte Normenkontrollen sein sollen.
57 Wir Jusos wissen allerdings: Die EU ist als politisches Bündnis nur dann handlungsfähig, wenn Entscheidungen
58 des Europäischen Gerichtshofs verbindlich gelten. Bis zur Einführung einer europäischen Verfassung müssen
59 dem EuGH bei Missachtung von Beschlüssen Sanktionsmöglichkeiten zugestanden werden und konsequent
60 Anwendung finden.

61 Das Bundesverfassungsgericht hat einem weiteren Ausbau der europäischen Kompetenzen eine klare Hürde
62 gesetzt: Die Bürgerinnen und Bürger müssen den Vereinigten Staaten von Europa durch einen Volksentscheid
63 ihre Zustimmung geben. Für uns ist daher klar: Es wird keine europäische Verfassung ohne eine Beteiligung
64 der Bürgerinnen und Bürger geben.

65 *Transparenz als Voraussetzung der Demokratie*

66 Schon heute ist die EU vielfach transparenter als viele Mitgliedstaaten. Nahezu alle wesentlichen Dokumente
67 europäischer Institutionen sind online einsehbar, durch Anhörungsverfahren werden viele Interessensgrup-
68 pen, Verbände, Gewerkschaften und Beteiligte bei Anliegen der EU miteinbezogen. Dabei wissen wir Jusos: Das
69 reine Bereitstellen von Dokumenten im Netz reicht für eine transparente Europäische Union nicht aus. Die Ent-
70 scheidungsfindung wollen wir transparenter gestalten und verhindern, dass intransparente Absprachen das
71 Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die europäische Demokratie untergraben. Der europäische Trilog
72 soll daher abgeschafft werden.

73 **Dem Rechtsruck durch europäische Werte und lebendigen Austausch begegnen**

74 Wir verstehen Europa als Wertegemeinschaft, basierend auf Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlich-
75 keit und der Wahrung der Menschenrechte. Viele dieser Werte leben und erleben EU-BürgerInnen jeden Tag.
76 Doch gerade in Zeiten von zunehmendem Rechtspopulismus und Nationalismus wird deutlich, dass diese
77 Werte nicht selbstverständlich sind.

78 *Den inneren Zerfall europäischer Grundwerte stoppen*

79 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen seit über 150 Jahren für die Sicherung von Demokra-
80 tie und Rechtsstaatlichkeit. Nationalpopulistische Tendenzen, Einschränkungen von Meinungs- und Versamm-
81 lungsfreiheit sowie Schwächungen der Justiz wie beispielsweise in Polen und Ungarn zeigen, dass dieser Kampf
82 keinesfalls an Aktualität verloren hat. Doch wissen wir auch, dass die vielschichtigen Ursachen solcher Entwick-
83 lungen nicht eindimensional betrachtet werden dürfen. Um der Entstehung solcher Entwicklungen vorzubeu-
84 gen und sie erfolgreich zurückzudrängen, gilt es diese tiefgehend zu analysieren und zu verstehen.

85 Für uns Jusos ist deutlich, dass es im Falle eklatanter Verstöße gegen Grundwerte der EU durch Mitglieds-
86 staaten nicht bei mahnenden Worten bleiben kann. Die EU muss Einflussmöglichkeiten voll ausschöpfen und
87 Grenzen aufzeigen, etwa durch automatisierte Sanktionen, wenn Mitgliedsstaaten grundlegende Prinzipien
88 der EU missachten. Gerade finanzielle Sanktionen zeigen sich als besonders wirkungsvoll, wobei die Gefahr

89 des Abwürgens proeuropäische Tendenzen berücksichtigt werden müssen. Daher sprechen wir uns auch für
90 positive Anreize und Förderung demokratischer Institutionen aus.

91 Denn klar ist: eine Ausweitung der Kompetenzen europäischer Institutionen kann nur dann gelingen, wenn
92 Vertrauen darin besteht, dass alle Mitglieder der EU die gemeinsamen Regeln, Grundwerte und Entscheidun-
93 gen auch akzeptieren. Gelingt es nicht, dieses Bekenntnis von allen EU-Mitgliedern zu gewährleisten, ist eine
94 stärkere Integration Europas vorerst zum Scheitern verurteilt. Wir wollen einen gemeinsamen Fortschritt in
95 Europa und kein Europa der zwei Geschwindigkeiten. Die innere Ordnung und Verbindlichkeit wiederherzu-
96 stellen, muss daher oberste Priorität für alle EU-Institutionen haben.

97 *Innereuropäische Völkerverständigung fördern*

98 Den Austausch zwischen den Menschen in der EU wollen wir weiter stärken: Die unter Erasmus+ zusammen-
99 gefassten Programme – das Studierendenaustauschprogramm Erasmus, das Master- und Doktorandenpro-
100 gramm Erasmus Mundus, Erasmus für JungunternehmerInnen, Comenius für Schulbildung, Leonardo da Vinci
101 für Berufsbildung und Grundtvig für Erwachsenenbildung – wollen wir weiter ausbauen, um noch mehr Men-
102 schen über die Grenzen der Mitgliedsländer zusammenzubringen. Wir begrüßen in diesem Kontext die Pläne
103 der EU-Kommission Jugendlichen mit dem Programm „DiscoverEU“ eine kostenlose Möglichkeit zu geben, Eu-
104 ropa zu erkunden. Wir streben an, dass dies künftig allen jungen Menschen möglich wird.

105 Das europäische Bewusstsein wird auch durch eine stärkere Öffentlichkeit geschaffen. Wir wollen eine leben-
106 dige, politische EU. Zu diesem Zweck wollen wir einen europäischen öffentlich-rechtlichen Rundfunk schaffen,
107 welcher ein journalistisch hochwertiges Angebot bietet. Dieses soll die Vielfalt und die Gemeinsamkeiten der
108 gesamteuropäischen Öffentlichkeit widerspiegeln und zur Verständigung untereinander beitragen.

109 **Bewährungsprobe für Europa – eine gerechte Asyl- und Migrationspolitik**

110 Die nationalistischen und rechtspopulistischen Bewegungen traten in Europa vermehrt zum Höhepunkt der
111 Flucht vieler Menschen in die EU auf. Wir Jusos erkennen aber, dass dies nur einer der Anlässe, nicht aber der
112 Grund für diese Tendenzen ist.

113 Die Europäische Union, die noch vor wenigen Jahren mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, kann
114 nicht länger zulassen, dass Menschen vor ihrer Außengrenze hilflos ertrinken. Diesen Zustand, der mit den
115 Menschenrechtsstandards der EU in keiner Weise in Einklang zu bringen ist, können wir nicht länger hinneh-
116 men.

117 Die Grenzschutzagentur Frontex muss daher unter vollständige demokratische Kontrolle gestellt und dem Ziel
118 des Schutzes des menschlichen Lebens verpflichtet werden. Nach dem Vorbild der Mission „Mare Nostrum“
119 der italienischen Armee muss eine europaweite Seenotrettung initiiert werden, deren Finanzierung an den
120 Umfang der Not angepasst werden muss. Wir pochen auf das Verbot von Push-Back-Aktionen, die wir als Ver-
121 letzung des Non-Refoulement-Gebots der Genfer Flüchtlingskonvention sehen. Um den Menschen die zum
122 Teil lebensgefährliche Flucht nach Europa nicht zuzumuten, fordern wir außerdem, zu prüfen, inwiefern die
123 Einrichtung von Aufnahmezentren auf dem afrikanischen Kontinent möglich ist. Auch wollen wir die Möglich-
124 keit von Boftschafasyl international prüfen.

125 Die vielen Menschen auf der Flucht stellen die innereuropäische Solidarität vor eine schwere Probe. Die Ver-
126 säumnisse Deutschlands, das zu lange auf dem ungerechten Dublin-II-System beharrte, erweisen sich nun als
127 folgenreicher Fehler. Wir wissen, dass eine Lösung für die Geflüchteten nur gesamteuropäisch gelingen kann.
128 Staaten, die besonders vielen Geflüchteten Schutz bieten, dürfen nicht länger alleine gelassen werden. Wir for-
129 dern auf europäischer Ebene einen Verteilungsschlüssel. So müssen sich Länder, die eine Aufnahme von Ge-
130 flüchteten verweigern, vollumfänglich an den gesamteuropäischen Kosten für die Wahrung des Grundrechts
131 auf Asyl und des Schutzes von Geflüchteten beteiligen. Staaten, die sich dieser Aufgabe entziehen, verirken
132 ihren Anspruch auf europäische Solidarität und müssen daher sanktioniert werden.

133

134

135 *Schengen verteidigen – offene Binnengrenzen erhalten*

136 Wir Jusos wissen, dass ein Europa der offenen Binnengrenzen nur durch gesicherte Außengrenzen funktio-
137 nieren kann. Dabei stellen wir Jusos uns allen Versuchen rechtskonservativer PopulistInnen, Sicherung mit

138 Abschottung gleichzusetzen, klar entgegen. Wir wollen ein offenes Europa klarer rechtstaatlicher Standards,
139 keine abgeschlossene Festung, die etwa das Grundrecht auf Asyl verwehrt. Die Sicherung der Außengrenzen
140 verstehen wir als gesamteuropäische Aufgabe, die nicht den teils radikal und menschenunwürdig agieren-
141 den, teils überlasteten Nationalstaaten überlassen werden darf. Dabei bedeutet Sicherung vor allem, keinen
142 unüberwindbaren Schutzwall aufzuziehen, sondern vielmehr die Übersicht über Personen und Güter zu be-
143 wahren, die Europa betreten und verlassen.

144 Wir Jusos bekennen uns uneingeschränkt zum Schengen-Abkommen und wollen dieses verteidigen. Grenzkon-
145 trollen dürfen nur in absoluten Ausnahmefällen temporär äußerst eng begrenzt erfolgen. Der freie Waren- und
146 Dienstleistungsverkehr und die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit sind essentiell für unseren Wohlstand und
147 das Funktionieren unserer europäischen Wirtschaft. Gerade die Just-in-Time-Produktion wird durch Grenz-
148 kontrollen zutiefst gefährdet, verursacht Mehrkosten und bedroht Arbeitsplätze.

149 Doch nicht nur Waren auch Personen müssen uneingeschränkt in Europa reisen können, auch der grenzüber-
150 schreitende ÖPNV ist zwingend auszubauen. Wir fordern eine deutliche Erhöhung grenzüberschreitender Ver-
151 bindungen in die europäischen Nachbarländer. Dafür müssen mehr Mittel bereitgestellt werden.

152 *Minderheitenschutz in Europa*

153 Wir verstehen es als Grundrecht aller Menschen, die sich auf dem Gebiet der EU aufhalten, vor Diskriminierung
154 und Verfolgung geschützt zu sein. Die EU muss ihrer in der EU-Grundrechtecharta beschlossenen Pflicht der
155 antidiskriminierenden Politik vollumfänglich nachkommen. Gerade im Umgang mit den Schwächsten zeigt
156 sich die wahre Stärke europäischer Werte. Wir fordern die konsequente Umsetzung der EU-Empfehlungen
157 zum Schutz beispielsweise von kulturellen und sprachlichen Minderheiten. Dafür müssen wir auf europäi-
158 scher Ebene darauf drängen, dass alle Mitgliedstaaten die *Framework Convention for the Protection of National*
159 *Minorities* (FCNM) und die *European Charter for Regional or Minority Languages* (ECRML) zeitnah ratifizieren. Zur
160 konsequenten Gleichstellung der Geschlechter fordern wir, die EU-Frauencharta weiterzuentwickeln.

161 Der Kampf gegen Diskriminierung basiert auf Bildung, Prävention und konkretem rechtlichen Schutz. Die EU
162 muss Investitionen im Kampf gegen Diskriminierung erhöhen, Fördermittel für Kultur- und Dokumentations-
163 zentren ausweiten und sich finanziell an Bildungs-, Aufklärungs- und Forschungsprojekten stärker beteiligen.
164 Dabei wollen wir mit den betroffenen Gruppen sprechen und nicht nur über sie, daher müssen diese bei der
165 Erstellung entsprechender Initiativen eng eingebunden werden. Selbstbestimmung, Teilhabe und Emanzipa-
166 tion sind die Prinzipien, nach denen die Antidiskriminierungspolitik der EU funktionieren sollte.

167 Die bisher auf unterschiedliche Kommissariate verteilte Aufgabe des Minderheitenschutzes und der Gleich-
168 stellung wollen wir in einem zuständigen Kommissariat für Minderheitenschutz und Gleichstellung bündeln.
169 In diesem Kommissariat müssen Gesetzgebungskompetenzen gebündelt und Anlaufstellen für Betroffene auf
170 europäischer Ebene unter Einbeziehung der Wünsche von Betroffenen geschaffen werden. Auch kann dieses
171 bei Minderheitenkonflikten innerhalb von Mitgliedsstaaten vermittelnd tätig werden.

172 Wir fordern die Etablierung einer europäischen Staatsbürgerschaft für staatenlose Menschen. Gerade für be-
173 troffene staatenlose Minderheiten, wie etwa die Sinti und Roma in Osteuropa, muss es möglich sein, das Auf-
174 enthaltsrecht in dem Land, in dem sie leben, zu erhalten. Ebenso müssen sie eine Arbeitserlaubnis erhalten
175 und sich sozial versichern können. Wie jeder anderen Person in der EU steht ihnen ein Existenzminimum an
176 finanzieller Unterstützung zu. Durch die Staatsbürgerschaft wird politische Teilhabe gewährleistet.

177 **Das soziale Versprechen Europas**

178 Wir Jusos wissen, dass Frieden und Wohlstand zentrale Erfolge der europäischen Einigung sind. Doch der
179 gemeinsam erwirtschaftete Wohlstand ist ungleich verteilt. Wir Jusos wollen daher den europäischen Gedan-
180 ken, der auf der Sicherung von Frieden, Wohlstand und Demokratie ruht, um eine soziale Komponente erwei-
181 tern.

182 Unsere Vision ist eine EU, die sozialen Frieden schafft und das Primat der Politik gegenüber dem Markt sichert.
183 Die Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität stellen eine wichtige Basis für eine funktionierende
184 Gemeinschaft dar. Zu oft stehen in der EU allerdings wirtschaftliche vor sozialen Interessen. Gelingt es nicht,
185 durch die europäische Einigung geschaffenen Wohlstand gerecht zu verteilen, werden zunehmende soziale
186 Ungleichheiten den inneren Zusammenhalt der Union gefährden.

187 *Menschenwürde schützen – Sozialunion einführen*

188 Wir Jusos wollen mittel- bis langfristig eine europäische Sozialunion etablieren. Diese soll soziale Mindeststan-
189 dards etwa bei der Existenzabsicherung und bei den Sozialversicherungssystemen beinhalten. Die Bereitstel-
190 lung einer Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung durch die Mitgliedsstaaten soll europaweit
191 zum Mindeststandard werden. Gerade strukturschwache Mitgliedsstaaten sollen hierfür gezielt Förderungen
192 erhalten, etwa durch einen europäischen Sozialversicherungsfonds, der sich aus Beiträgen der EU-Mitglieder
193 speist. Wir wollen die Würde des Menschen auf europäischer Ebene als unverletzliches Prinzip festschreiben.
194 Diese kann auch im Falle von Struktur- und Sparmaßnahmen nicht untergraben werden, alles andere legt die
195 Axt an den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

196 Wir Jusos unterstützen den jüngsten Vorstoß der EU zur Etablierung einer Europäischen Säule Sozialer Rechte
197 (ESSR). Wir wollen die Weiterentwicklung der sozialen Dimension der EU und erwarten daher, dass die ESSR
198 eine handlungsfähige Säule werden kann. Die ESSR erweitert allerdings die in den Verträgen festgelegten Auf-
199 gaben und Befugnisse der EU nicht. Somit kann sie nur einen Zwischenschritt zu einem europäischen Solida-
200 ritätsmechanismus sein.

201 Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, müssen Mindeststandards für ArbeitnehmerInnen europaweit
202 gelten. Jeder Mensch muss in der EU die Möglichkeit haben, durch seine eigene Arbeit ein Leben in Würde
203 führen zu können. Auf nationaler Ebene sind die Gewerkschaften zentrale Akteure im Kampf für soziale Ge-
204 rechtigkeit. Je transnationaler Politik wird, desto wichtiger wird es allerdings, dass die Interessenvertretung der
205 ArbeitnehmerInnen ihr folgt. Für in mehreren europäischen Ländern tätige Unternehmen wollen wir ein mit
206 dem deutschen Tarifvertrag oder ähnlichen Formen der kollektivrechtlichen Vereinbarung auf europäischer
207 Ebene schaffen. Wir fordern gemeinsame europäische Mindeststandards für betriebliche Mitbestimmung in
208 Europa.

209 **Eine soziale EU braucht ein gerechtes Wirtschaftssystem**

210 Die europäische Einigung hat insbesondere durch die Einführung der Wirtschafts- und Zollunion den Wohl-
211 stand der Menschen gesteigert. Doch ist dieser Wohlstand ungleich verteilt, zwischen den Mitgliedsstaaten
212 und auch innerhalb der Gesellschaften.

213 Die Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrise hat diese ungleiche Verteilung weiter verschärft. Auch wenn
214 bereits zuvor gerade südliche und östliche EU-Mitgliedsstaaten mit großer Armut und schleppender wirtschaft-
215 licher Entwicklung zu kämpfen hatten, hat die Krise sichtbar gemacht, dass trotz Wirtschafts- und Währungs-
216 union deutliche Unterschiede bei den Lebensstandards in der EU bestehen. Wir Jusos wollen unser Wirtschafts-
217 und Finanzsystem reformieren und neoliberale und konservative Ansätze, die ganze Generationen auf das Ab-
218 stellgleis geführt und zur Krisenanfälligkeit beigetragen haben, endlich zurückdrängen.

219 *Die Armut in Europa bekämpfen*

220 In einer Wirtschaftsunion derartiger Stärke muss Armut und soziale Ausgrenzung beendet werden. Wirkungs-
221 lose Reformversprechen und teils schädliche Politikansätze als Reaktion auf die Krise haben die Armut für viele
222 sogar verschärft.

223 Es ist an der Zeit, an dieser Situation durch wirkungsvolle und angemessene Reformen etwas zu ändern. Die EU
224 muss die Bekämpfung von Armut zu einem Kernanliegen machen. Durch ein ambitioniertes Programm sollen
225 in den nächsten fünf Jahren mindestens 20 Millionen Menschen aus Armut und Ausgrenzung geholt werden.
226 Langfristig muss Armut europaweit der Vergangenheit angehören. Zur Erreichung dieser Vision braucht es
227 eine europäische Plattform gegen Armut, die beispielsweise aus einem Investivfonds zur Stärkung der Bin-
228 nennachfrage gespeist werden könnte. So kann auch der Anspruch, die Würde des Menschen europaweit zu
229 stärken, gewährleistet werden.

230 *Würdevolle Arbeit europaweit sichern*

231 Der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit kommt im Kampf gegen Armut eine besonders große Bedeutung zu.
232 Gute, auskömmliche Arbeit ist der beste Schutz vor Armut für Kinder oder Menschen im Alter. Wir wollen
233 auf europäischer Ebene Maßnahmen prüfen, wie alle Mitgliedsstaaten wirkungsvoll dabei unterstützt werden
234 können, Arbeitslosen in der EU die (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

235 Denkbar ist etwa ein europaweites Wiedereingliederungsprogramm oder eine europäische Weiterqualifikati-
236 onsagentur. Dies kann gerade deshalb auf europäischer Ebene sinnvoll sein, da sich viele Menschen, beson-
237 ders der jungen Generationen, in einem Teufelskreis befinden: Die hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit geht zuwei-

238 len mit wachsenden Schwierigkeiten bei der Besetzung freier Stellen einher. Dies deutet auf ein Missverhältnis
239 zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt hin. Unzureichende Qualifikationen, begrenzte geo-
240 grafische Mobilität oder unangemessene Entlohnung sind einige der Ursachen hierfür. Diese Fragen mit Blick
241 auf den Bedarf in ganz Europa in den Blick zu nehmen und bessere Koordinationsmechanismen zu entwi-
242 ckeln, um Bedarfe von Wirtschaft und Arbeitssuchenden besser zusammenzubringen, muss Aufgabe der EU
243 sein.

244 Die ungleiche Anerkennung von Qualifikationen in Europa führt zu geringer Mobilität und verlorenem Poten-
245 tial. Wir Jusos wollen die Anerkennung von Ausbildungen und Berufsabschlüssen europaweit angleichen und
246 durch die Öffnung der Arbeitsmärkte europäische Perspektiven für alle Menschen schaffen. Gerade durch die
247 Digitalisierung verändern sich die Anforderungen, neue Berufsbilder entstehen. Hierfür muss die Europäische
248 Kommission Konzepte erstellen, wie solche zeitnah europaweit anerkannt und gleiche Ausbildungsstandards
249 etabliert werden können.

250 *Wirtschaftspolitik ist Beschäftigungspolitik*

251 Wir Jusos wissen, dass ein Wirtschaftssystem keinen Bestand haben kann, in dem große Teile der Gesellschaft
252 von Arbeitslosigkeit betroffen sind oder durch Arbeit keinen angemessenen Anteil am geschaffenen Wohl-
253 stand erhalten. Für uns ist klar: Die Wirtschaftspolitik der EU muss darauf ausgelegt werden, eine hohe Be-
254 schäftigung in der EU zu gewährleisten. Dafür braucht es ein gutes Monitoring und beschäftigungspolitische
255 Maßnahmen, um die Binnenkonjunktur anzukurbeln und gleichzeitig die sozialen Probleme in der Union zu
256 lösen. Das Ziel ist Chancengleichheit beim Arbeitsmarktzugang und gleiche Bedingungen für die arbeitende
257 Bevölkerung europaweit.

258 Für uns Jusos gilt, dass jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin ein Recht auf allgemeine und beruf-
259 liche Bildung haben muss. Das Prinzip der Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern muss europaweit
260 gewährleistet werden. Die Chancengleichheit mit Blick auf Beschäftigung, sozialen Schutz und öffentliche Bil-
261 dung muss für alle Menschen europaweit gewahrt sein. Jedem Menschen steht eine frühzeitige und bedarfsge-
262 rechte Unterstützung bei der Verbesserung des eigenen Beschäftigungsverhältnisses zu. Wir wollen ein Recht
263 auf faire und gleiche Behandlung im Hinblick auf Arbeitsbedingungen sowie den Zugang zu sozialem Schutz
264 und Fortbildung, Förderung des Übergangs in unbefristete Beschäftigungsform, innovativer Arbeitsformen,
265 des Unternehmertums, der Selbstständigkeit und beruflicher Mobilität, Unterbindung von Beschäftigungsver-
266 hältnissen, die zu prekären Arbeitsbedingungen führen, unter anderem durch das Verbot des Missbrauchs
267 atypischer Verträge.

268 Das Recht auf eine Entlohnung, die einen angemessenen Lebensstandard ermöglicht, muss allen EU-
269 BürgerInnen zustehen. Mittel- bis langfristig wollen wir Jusos die Einführung eines Korridors für einen eu-
270 ropaweiten Mindestlohn. Dieser kann jedoch nicht europaweit einheitlich sein, sondern muss das jeweilige
271 nationale Lohnniveau, die Lebenshaltungskosten und wirtschaftliche Voraussetzungen abbilden. Hierdurch
272 kann auch gewährleistet werden, dass eine Mindestlohnregelung durch die steigende Binnennachfrage zu-
273 sätzliche Arbeitsplätze schafft. Dabei muss das Prinzip der Entlohnung entsprechend des Einsatzlandes und
274 nicht des Endsenderlandes gelten.

275 *Die abgehängte Generation zurückgewinnen – Jugendgarantie umsetzen*

276 Durch die Krise wurde eine ganze Generation, insbesondere in den GIIPS-Staaten, abgehängt. Noch immer sind
277 liegt die Jugendarbeitslosenquote in manchen EU-Ländern bei nahezu 50 Prozent. Wenn es nicht gelingt, zeit-
278 nah ernstzunehmende Perspektiven durch die EU zu schaffen, ist diese Generation für Europa verloren.

279 Wir fordern eine europäische Jugendgarantie auf Arbeit: Das bedeutet, dass allen jungen Menschen unter 25
280 Jahren binnen vier Monaten, nachdem sie arbeitslos geworden sind oder die Schule verlassen haben, eine
281 hochwertige Arbeitsstelle oder Weiterbildungsmaßnahme oder ein hochwertiger Ausbildungs- bzw. Prakti-
282 kumsplatz angeboten wird – und zwar in der gesamten Europäischen Union, auch grenzüberschreitend. Für
283 die Erfüllung dieser Garantie stehen bisher bis 2020 12,7 Milliarden durch den Europäischen Sozialfonds und
284 die „Beschäftigungsinitiative für junge Menschen“ zur Verfügung. Da diese Programme zunehmend Wirkung
285 entfalten, in Anbetracht des Problemumfangs aber auf Dauer unterfinanziert sind, müssen diese Mittel aufge-
286 stockt werden.

287 Gerade die berufliche Bildung bietet für die junge Generation europaweit große Chancen, diese zu fördern und
288 auf europäischer Ebene zu etablieren muss Aufgabe der EU-Kommission gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten

289 sein.

290 *Das EURO-System zur echten Währungsunion machen*

291 Die Einführung des EURO war ein bedeutender Fortschritt für das europäische Integrationsprojekt. Die Wäh-
292 rungsunion zu bewahren und Konstruktionsfehler zu beheben, ist von zentraler Bedeutung für die Europäische
293 Einigung. Während die wirtschaftliche Integration der letzten Jahrzehnte Wegbereiter für die europäische Ei-
294 nigung war, stellte die Einführung der Währungsunion mit vielen Geburtsfehlern und die kurz darauffolgende
295 Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrise die EU vor eine Zerreißprobe.

296 Wir Jusos wissen, dass zu oft ökonomische Notwendigkeiten einer Wirtschafts- und Währungsunion politi-
297 schen Befindlichkeiten untergeordnet wurden. Wir wollen die das Euro-System stärken und zu einer echten
298 Währungsunion weiterentwickeln. Eine Währungsunion kann nur durch eine koordinierte Wirtschafts- und
299 Fiskalpolitik gelingen. Außenhandelsungleichgewichte, unkoordinierte Verschuldung und eine Politik der na-
300 tionalen Egoismen haben dazu geführt, dass die Europäische Zentralbank oft das auszugleichen versuchte,
301 was die Regierungen der EURO-Länder nicht zu leisten vermochten. Wir wollen die Verantwortung für eine
302 solidarische und funktionierende Währungsunion nicht länger auf die EZB schieben. Zu lange waren die natio-
303 nalen Regierungen nicht bereit, Außenhandelsungleichgewichte zu reduzieren, Investitionsquoten zu erhöhen
304 oder Strukturreformen anzugehen, oftmals entgegen der Empfehlung des europäischen Semesters. Die Zen-
305 tralbankpolitik, ursprünglich als Notinstrument in Zeiten der Krise gedacht, hat sich zum Feigenblatt für die
306 Untätigkeit der Politik gewandelt, dies wollen wir beenden.

307 Die EZB muss sich ihrer Rolle als Bewahrerin der Preisniveaustabilität zuwenden. Die Erfüllung von Wachstums-
308 und Beschäftigungszielen kann nicht Aufgabe der Zentralbank sein. Niedrig gehaltene Zinsen und der Ankauf
309 von Anleihen in großem Stil zeugen von dem Versuch der EZB, die Untätigkeit der Politik zu kaschieren. Ge-
310 rade in Zeiten global sinkender Realzinsen wird sichtbar, dass die EZB an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit
311 gelangt ist. Niedrige Inflationsraten bei geringem Wachstum und niedrigen Zinsen zeugen davon, dass das
312 Instrumentarium der EZB nicht länger ausreicht, die Märkte ausreichend zu stimulieren. Wir wollen eine Dis-
313 kussion darüber anstoßen, ob das 2%-Inflationsziel angehoben werden muss. Das Quantitative Easing muss
314 stückweise auslaufen, gleichwohl brauchen derartige Ankaufprogramme zur Erhöhung der Investitionsquo-
315 ten und der Geldmenge eine sichere Rechtsgrundlage innerhalb der Währungsunion. Wir wollen außerdem
316 die Kompetenzen der EZB, Finanzmarktstabilität zu wahren und gleichzeitig Bankenregulierung und im Falle
317 deren Abwicklung einzufordern, von Interessenkonflikten befreien.

318 *Kapitalmärkte nötige Fesseln anlegen – Finanzmarktregulierung endlich umsetzen*

319 Die Regulierung der Finanzmärkte darf nicht weiter in den Hintergrund rücken. Deregulierungen in amerika-
320 nischen und asiatischen Märkten können nicht zum Vorbild europäischer Politik gemacht werden. Die Einfüh-
321 rung der Finanzmarkttransaktionssteuer darf nicht länger aufgeschoben werden. Die Eigenkapital- und Sicher-
322 heitsanforderungen etwa von Basel IV und Solvency II müssen konsequent umgesetzt werden. Der Einlagen-
323 sicherungsfonds muss gestärkt, die Einlagen durch die Banken und Finanzinstitute deutlich erhöht werden,
324 damit diese ihrer Sicherungsfunktion gerecht werden können. Eine konsequente Umsetzung der Stresstests
325 muss gewährleisten, dass keine Bank innerhalb der EU *too big to fail* ist. Notfalls muss eine Zerschlagung sol-
326 cher Banken auch tatsächlich durchgesetzt werden. Die Einlagen von KleinsparerInnen müssen abgesichert
327 sein.

328 Wir wollen Frankfurt als europäisches Zentrum der Finanzmarktstabilität erhalten und weiter stärken. Die Um-
329 wälzung der Finanzindustrie in Folge des Brexits dürfen nicht zu einem Kompetenzgerangel zwischen Finanz-
330 standorten führen. Aufgrund der Präsenz zahlreicher bedeutender Regulierungsbehörden der EU und des
331 EURO-Raumes sollten deshalb alle wesentlichen Institutionen für Finanzmarktstabilität an einem Ort angesie-
332 delt werden.

333

334 *Solide Haushaltspolitik – Das Ende des scheinheiligen Spardiktats*

335 Die Währungsunion kann auf Dauer nur bestehen, wenn gemeinsame Standards bei der Geldschöpfung und
336 Verschuldung von Staaten eingehalten werden. Hohe Staatsschulden führen zu einer starken Abhängigkeit
337 der jeweiligen Staaten von privaten KapitalgeberInnen und Finanzmärkten. Sie können zu Spekulationen auf
338 Staatsbankrotte führen und stellen immer eine Umverteilung von unten nach oben dar. Wir Jusos wissen aber

339 auch: vermeintlich ausgeglichene öffentliche Haushalte bei zu geringen Investitionen entsprechen keiner soli-
340 den Finanz- und Haushaltspolitik. Wir wissen: Keine neuen Schulden zu machen, während Straßen und öffent-
341 liche Gebäude marodieren und nicht ausreichend in Bildung oder Pflege investiert wird, stellt genauso eine
342 generationenungerechte Politik dar, wie die ungehemmte Verschuldung von Staaten am Kapitalmarkt.

343 Die Stabilitätskriterien von Maastricht beruhen auf teils unhaltbaren Annahmen, etwa eines konstant hohen
344 Wirtschaftswachstums. Auf europäischer Ebene fordern wir Jusos daher eine Überarbeitung der aktuellen Sta-
345 bilitätskriterien. Antizyklische Wirtschafts- und Fiskalpolitik, wie sie etwa Deutschland während der Wirtschafts-
346 , Finanz- und Staatsschuldenkrise erfolgreich umgesetzt hat, muss in den Stabilitätskriterien stärker Berück-
347 sichtigung finden.

348 Leistungsbilanzungleichgewichte, die maßgeblich für die fatale Abwärts-Spirale der GIIPS-Staaten verantwort-
349 lich waren, müssen besser erfasst und rechtzeitig unterbunden werden. Das Ziel des Außenhandelsgleich-
350 gewichts zwischen den EURO-Mitgliedern muss daher konsequent Anwendung finden. Die strukturelle Über-
351 schuldung von Staaten oder der Privatwirtschaft muss stärker unterbunden werden.

352 *Investitionen ermöglichen – Wachstum nicht abwürgen*

353 Die noch immer lahmen Volkswirtschaften südeuropäischer Staaten, wie etwa Griechenland oder Spanien
354 zeigen, dass die einseitige Sparpolitik gescheitert ist. Auch wir Jusos erkennen an, dass strukturelle Defizite
355 in den Krisenstaaten bekämpft werden müssen, dies kann allerdings nicht durch reine Sparpolitik gelingen.
356 Selbst IWF und EZB haben erkannt, dass bisherige Sparanstrengungen die Krise nur verschärft haben und
357 Investitionen dringend nötig sind.

358 Kurzfristig müssen Investitionen ermöglicht werden, wie dies etwa in Deutschland erfolgreich mit Kurzarbeiter-
359 rinnengeld, Abwrackprämie oder den Konjunkturpaketen I und II gelungen ist. Um die Schulden tragfähigkeit
360 dieser Länder wiederherzustellen, fordern wir die Einführung eines Altschuldentilgungsfonds innerhalb des
361 EURO-Raums. In diesem könnten beispielsweise alle Schulden oberhalb von 70 Prozent des BIP gemeinschaft-
362 lich eingelegt und abgewickelt werden. Dies würde die Zinsbelastung für die Krisenstaaten spürbar reduzieren
363 und den Raum für nötige, strukturelle Reformen überhaupt schaffen. Gleichzeitig wollen wir prüfen ob zur Re-
364 duktion der Schuldenlast die Möglichkeit besteht, die Rückzahlung stärker als bislang zu stunden.

365 Die europäische Schuldenkrise hat seit zehn Jahren zu einer Ungleichverteilung von Zinsbelastungen geführt.
366 Gerade Deutschland konnte beispielsweise besonders von niedrigen Zinsen auf zehnjährige Staatsanleihen
367 profitieren, während die Krisenstaaten teils unverhältnismäßig hohe Sicherheitsprämien auszahlen mussten.
368 Insbesondere exportierende Staaten profitieren von einem schwachen Euro. Europäische Solidarität bedeutet
369 für uns Jusos, dass diese Mehreinnahmen gerecht verteilt werden müssen. So fordern wir ein europäisches In-
370 vestitionsprogramm, das Konjunkturprojekte in besonders stark von der Krise betroffenen Staaten aufsetzen
371 soll.

372 Langfristig wollen wir die Außenhandelsungleichgewichte und ungleiche Verteilung von Zinsgewinnen in der
373 EU auch dadurch verteilen, indem wir einen monetären Ausgleichsmechanismus installieren wollen. Dieser
374 soll allerdings kein automatisierter Finanzausgleich sein, der Fehlanreize beinhaltet. Vielmehr streben wir ei-
375 ne Angleichung an das höhere Leistungsniveau an. Fällt eine Region bei wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit
376 oder Beschäftigung unter eine gewisse Quote, müssen zielgerichtete Investitionen durch einen europäischen
377 Investitionsfonds erfolgen, der von den exportorientierten Nutznießern des gemeinsamen Währungsraums
378 finanziert wird.

379 *Wirtschaftspolitik der Zukunft – Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung*

380 Auch die EU steht vor der Herausforderung, sich in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung anzupassen,
381 um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Europa muss sich stärker darum bemühen, Schlüs-
382 selindustrien anzusiedeln und entscheidende Branchen des 21. Jahrhunderts, wie etwa die Plattformökono-
383 mien, die Entwicklung der Quantentechnik und Umweltschutztechnologien bewusst zu fördern. Die EU muss
384 in diesen Feldern eine Innovations- und Investitionsführerschaft erzielen, um der globalen Konkurrenz einen
385 Schritt voraus zu sein. Dabei geht es nicht darum, andere Regionen auszustechen, vielmehr wird es nur so
386 gelingen, europäische hohe Standards in Datenschutz, Umweltverträglichkeit und Risiko-Management global
387 zu verankern.

388 Der Klimawandel stellt die EU vor einen Strukturwandel, E-Mobilität und erneuerbare Energien verändern die

389 globalen Wettbewerbsbedingungen im industriellen Sektor. Darauf muss die EU Antworten finden. Wir Jusos
390 stehen für ambitionierte Ziele, um den Herausforderungen gerecht zu werden. So wollen wir mit einer Strate-
391 gie im Kampf gegen den Klimawandel den europäischen Kontinent zum Vorreiter machen. Ziel muss es sein,
392 die Treibhausgasemissionen im Verhältnis zu 1990 europaweit signifikant zu reduzieren. Europaweit muss der
393 Energieanteil aus erneuerbaren Quellen deutlich erhöht werden, unser Ziel muss eine europäische Energie-
394 wende sein. Auch wollen wir die Energieeffizienz deutlich steigern. In einer Zeit, in der die EU knapp doppelt
395 so viele Ressourcen verbraucht wie sie der Planet bereitstellt, wollen wir ein ressourceneffizientes Europa. Ei-
396 ne gemeinsame Ressourcen- und Recyclingstrategie soll „seltene Erden“ und wertvolle Metalle schützen und
397 einen nachhaltigen Lebensstil unserer Gesellschaft unterstützen.

398 *Ein gerechtes europäisches Steuersystem*

399 Eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion bedeutet für uns Jusos auch, dass die Verantwortung für
400 die Finanzierung öffentlicher Aufgaben gerecht verteilt werden. Steuerflucht von Unternehmen und ein Un-
401 terbietungswettbewerb etwa im Bereich der Körperschaftssteuern schaden der gesamten Gesellschaft. Wir
402 fordern daher, dass ein einheitlicher Körperschaftssteuer-Korridor auf europäischer Ebene eingesetzt wird.
403 Der Kampf gegen Steuerflucht großer Unternehmen muss konsequent weiter vorangetrieben werden. Staa-
404 ten, die Unternehmen unverhältnismäßige Zugeständnisse etwa bei der Körperschaftssteuer gemacht haben,
405 sollen bis zur rückwirkenden Rücknahme solcher Vereinbarungen im Rahmen geltenden Rechts keine EU-
406 Fördermittel mehr beziehen können. Die Bekämpfung von Steuerhinterziehung muss zentrale Priorität für die
407 EU haben. Notfalls braucht es hierfür die Bereitschaft, entsprechende Staaten zu sanktionieren.

408 Wir wollen für mehr Steuergerechtigkeit langfristig auch die Angleichung von Einkommens- und Vermögens-
409 steuern erreichen und hierfür Korridore auf europäischer Ebene vereinbaren. Steuern sollen nach unserem
410 Dafürhalten dort gezahlt werden, wo Gewinne erwirtschaftet werden. Steuervermeidungsmodelle durch Ver-
411 schiebung von Unternehmensgewinnen, beispielsweise durch Patentgebühren, wollen wir durch eine Quell-
412 steuer verhindern.

413 Die Digitalisierung führt zu deutlichen Produktivitätsfortschritten bei rückläufigen Investitionen. Durch die Au-
414 tomatisierung profitieren immer weniger ArbeitnehmerInnen von der Wertschöpfung. Hierauf müssen wir
415 neue Antworten finden. Wir wollen auf europäischer Ebene einen Diskussionsprozess darüber initiieren, wie
416 künftig automatisierte Produktionen besteuert werden können. Dabei müssen Robotersteuern oder Wert-
417 schöpfungssteuern und ihre jeweiligen Auswirkungen vorurteilsfrei untersucht werden.

418 *Koordination der Wirtschafts- und Fiskalpolitik*

419 Die Koordinierung unserer Wirtschafts- und Fiskalpolitik scheidet noch immer an nationalen Egoismen. Wir
420 Jusos wissen: Nur dann werden die Vorteile der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion ihre volle
421 Wirkung entfalten, wenn diese auch gerecht auf europäischer Ebene verteilt werden.

422 Die Umsetzung der Empfehlung der EU-Kommission muss daher rechtsverbindlich und sanktionierbar sein.
423 Höhere Investitionsquoten, die Stärkung der Binnenwirtschaft, die Reduktion von staatlicher Verschuldung
424 oder die Vermeidung von Exportüberschüssen sind im ureigensten Interesse aller EURO-Staaten. Um einen
425 Positivanreiz für die Umsetzung der Empfehlungen der EU-Kommission zu schaffen, wollen wir einen Teil der
426 Strukturmittel der Europäischen Union an betroffene Staaten erst dann freigeben, wenn die Empfehlungen in
427 ausreichendem Maße umgesetzt sind.

428 **Europas neue Rolle in der Welt**

429 Die EU wird immer mehr als eigenständige, gemeinsam handelnde Akteurin auf der internationalen Ebene
430 wahrgenommen, der in der Lage ist globale Themen mit zu beeinflussen. Gerade in Zeiten einer unberechen-
431 baren US-Außenpolitik, Russlands aggressiver und expansiver Außenpolitik, der langanhaltenden Konflikte in
432 Syrien, in Afghanistan und vielen weiteren Regionen auf dem afrikanischen und asiatischen Kontinent muss
433 sich Europa seiner Verantwortung stärker als bislang bewusst werden.

434 *Stärkung der diplomatischen Stellung der EU*

435 Wir Jusos begrüßen eine weitere generelle Stärkung der diplomatischen Stellung der EU. Nur gemeinsam kön-
436 nen die Mitgliedsländer der EU in Zeiten des rasanten wirtschaftlichen Aufstiegs der Schwellenländer das nö-
437 tige diplomatische Gewicht behalten, um etwa international gute Standards im Bereich des Arbeitsmarktes,

438 des Umwelt- und VerbraucherInnenschutzes zu setzen oder im Sinne einer werteorientierten Außenpolitik
439 weltweit Frieden und die Achtung der Menschenrechte zu fördern.

440 Damit die EU gemeinsam agieren und ihr volles Gewicht entfalten kann, muss die Institution der/des Hohe/n
441 Vertreter/in für Außen- und Sicherheitspolitik, auch durch eine Kompetenzabgabe seitens der Nationalstaa-
442 ten, weiter gestärkt werden. Europa muss mit einer Stimme sprechen und nationalstaatliche Interessen der
443 Mitgliedsstaaten hintenanstellen.

444 *Europäische Sicherheitspolitik weiterdenken*

445 Wir wollen die europäische Außenpolitik auch im Hinblick auf das Thema Sicherheits- und Verteidigungspoli-
446 tik weiterentwickeln. Wir unterstreichen deshalb unsere Forderung nach einer europäischen Armee, die lang-
447 fristig die einzelnen Armeen der Nationalstaaten ersetzen soll und als Parlamentsarmee dem Europäischen
448 Parlament unterstellt ist.

449 Durch die damit einhergehende Vereinheitlichung von Material wollen wir durch Effizienzgewinne auch die
450 Kosten für Verteidigung weiter senken. Gleichzeitig haben einzelne Mitgliedsstaaten große Kompetenzen in
451 spezialisierten Bereichen – diese Spezialisierungen gilt es so zu nutzen, dass Überschneidungen und daraus
452 folgende Überkapazitäten abgebaut werden können. Um den schnellen Aufbau einer europäischen Armee zu
453 gewährleisten, fordern wir außerdem die Schaffung von gemeinsamen europäischen Ausbildungsstandards,
454 die eine Zusammenführung vorbereiten sollen.

455 Auf dem Weg hin zur europäischen Armee unterstützen wir die Schaffung der europäischen Verteidigungsor-
456 ganisation PESCO sowie den jüngsten Vorstoß einer gemeinsamen europäischen Eingreiftruppe durch Ema-
457 nuel Macron. Die Schaffung der europäischen Armee stellt dabei keinesfalls eine Konkurrenz zur NATO dar,
458 sondern wird diese sinnvoll ergänzen und den europäischen Staaten zu einem höheren Gewicht innerhalb der
459 Organisation verhelfen. Unser Ziel in der Rüstungspolitik bleibt es weiterhin, das Prinzip „Pooling & Sharing“
460 zu etablieren.

461 Für uns ist unabdingbar, dass der Einsatz von europäischem Militär in Konflikten und Krisenherden nur in-
462 nerhalb eines sehr eng gesteckten Rahmens stattfinden kann. Vorrang haben für uns Jusos stets die zivile
463 Krisenprävention, Entwicklungshilfe und diplomatische Bemühungen. Maßgeblich für einen Eingriff ist für uns
464 hierbei das Vorliegen von massiven und organisierten Verbrechen gegen die Menschlichkeit, denn aus unserer
465 Sicht hat die EU als Verfechterin der Menschenrechte die humanitäre Pflicht, bei akuter Bedrohungssituation
466 einzuschreiten. Grundsätzlich bekennen wir uns zu der Maßgabe, militärische Einsätze nur im Rahmen eines
467 UN-Mandats durchzuführen. Nichtsdestotrotz sind wir uns der eingeschränkten Handlungsfähigkeit der UNO
468 bewusst. In Härtefällen muss eine Europäische Armee zum Schutz menschlichen Lebens dennoch eingreifen
469 können, wenn durch eine Blockade in der UN sonst politischer Stillstand und Untätigkeit im Angesicht huma-
470 nitärer Katastrophen drohen.

471 Gleichzeitig sind kriegerische Interventionen für uns immer als letztes Mittel zu sehen, das nur dann gewählt
472 werden darf, wenn alle anderen diplomatischen Optionen wie etwa Sanktionen völlig ausgeschöpft sind. Um
473 die Entscheidung über den Einsatz von Militär im Ausland für die Bevölkerung so transparent wie möglich zu
474 machen, fordern wir für solche Fragen die Entwicklung eines eigenen europäischen Kriterienkataloges, der
475 dem Einsatz einer europäischen Armee klare, enge Grenzen setzt.

476 *Außenpolitik durch Handelspolitik*

477 Handelspolitik ist ein entscheidender Bestandteil einer koordinierten europäischen Außenpolitik. Dabei wissen
478 wir, dass Handel Wohlstand schafft, Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards und Rechtstaatlichkeit
479 verbreiten kann und Länder, die miteinander Handel betreiben, nicht aufeinander schießen.

480 Wir wollen durch Handelsabkommen unsere Prinzipien und Werte auf internationaler Ebene fördern. Grund-
481 sätzlich halten wir deshalb auch die Schaffung einer gemeinsamen Freihandelszone mit den USA für richtig, da
482 so verhindert werden kann, dass langfristig niedrigere Standards, etwa durch Verträge zwischen den USA und
483 Asien, etabliert werden. Gleichzeitig dürfen wir die Kritik an den Verhandlungen zu TTIP nicht vernachlässigen:
484 Es braucht eine größtmögliche Transparenz über mögliche Regelungen und eine Garantie, dass europäische
485 Standards nicht abgeschwächt oder aufgeweicht werden. Der Vertragstext des Freihandelsabkommen CETA
486 zwischen der EU und Kanada gibt dabei gute Standards im Hinblick auf den Investitionsschutz vor: Schiedsge-
487 richte in Freihandelsabkommen der EU müssen zwingend öffentlich legitimiert sein und ihre Verhandlungen

488 der Öffentlichkeit zugänglich machen. Unser Ziel muss ein internationaler Handelsgerichtshof sein. Intransparen-
489 rente Schiedsgerichte wie das ICSID lehnen wir ab, da es das Primat der Politik untergräbt.

490 Der Abschluss bilateraler Handelsverträge durch die EU ist in Zeiten des Stillstands bei multilateralen Verhand-
491 lungen richtig, dennoch muss es das erklärte Ziel der EU sein, ein internationales, multilateral vereinbartes
492 Handelsregime zu unterstützen, das gleiche und faire Bedingungen für alle Nationen schafft.

493 In der Vergangenheit hat die EU eine Reihe von Freihandelsabkommen (EPAs) mit Ländern Afrikas und der
494 Karibik abgeschlossen – weitere Abkommen befinden sich momentan in den Verhandlungen. Diese EPAs sind
495 insbesondere wegen ihrer potentiell bedrohlichen Auswirkung auf die lokale Wirtschaft in den Ländern Afri-
496 kas und der Karibik in Verruf geraten. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass durch mehr Handel auch die
497 betroffenen Entwicklungs- und Schwellenländer profitieren können, allerdings nur, wenn gewährleistet wird,
498 dass die einheimische Industrie wirksam geschützt ist. Durch schrittweise abbaubare Zollschränken ist es mög-
499 lich, die Wirtschaft an das veränderte Marktumfeld langsam zu gewöhnen. Die Ausgestaltung der EPAs muss
500 mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse der Partnerländer nehmen, damit diese wirklich zu echten Handelspart-
501 nern werden, anstatt bloßes Ziel für europäische Exporte. Notfalls fordern wir von der EU, auf die von der WTO
502 geforderte Reziprozität bei den EPAs bewusst abzugehen.

503 *Europa als Motor der Entwicklungszusammenarbeit*

504 Schon heute findet eine starke Zusammenarbeit der europäischen Nationalstaaten im Bereich der Entwick-
505 lungszusammenarbeit statt. Wir wollen diese Zusammenarbeit stärker institutionalisieren und ähnlich des
506 Konzeptes hinter der GIZ eine Organisation zur Durchführung von Projekten auf europäischer Ebene schaf-
507 fen. Mittel-, bis langfristig sollen alle Mittel, die von den Mitgliedsstaaten für die Themen wirtschaftliche Zusam-
508 menarbeit und Entwicklung verwendet werden, in dieser Organisation gebündelt werden. Wir unterstreichen
509 dabei unsere Forderung nach der Einhaltung der ODA-Quote. Mindestens 0,7% des europäischen BIPs müssen
510 für die Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet werden, damit die globale Ungleichheit wirklich verringert
511 werden kann. Wir wissen: Nicht selten leiden Entwicklungs- und Schwellenländer unter unserem Wohl-
512 stand und unserem Ressourcenverbrauch. Wir müssen unserer Verantwortung gerecht werden.

513 Die Grundlage für eine funktionierende Entwicklung ist für uns das Vorhandensein von starken politischen und
514 gesellschaftlichen Institutionen. Finanzielle und personelle Mittel müssen deshalb zuerst für die Förderung
515 der Rechtsstaatlichkeit verwendet werden, um staatliche Institutionen zu stärken und Korruption wirksam zu
516 bekämpfen. Erst wenn ein Land überhaupt in der Lage ist, Hilfe wirkungsvoll zu verteilen und einzusetzen,
517 macht Entwicklungszusammenarbeit wirklich Sinn. Wir wollen, dass die EU nicht als bloße Geberin auftritt,
518 sondern als echte Partnerin wahrgenommen wird. Unser grundlegendes Prinzip lautet daher: Hilfe zur Selbst-
519 hilfe.

520 *Europa als verantwortungsvoller Nachbar*

521 Die Nachbarstaaten Europas unterscheiden sich stark in ihrer wirtschaftlichen- und gesellschaftlichen Entwick-
522 lung sowie durch ihre kulturellen Hintergründe. Eine Politik, die auf die Stabilisierung und Entwicklung dieser
523 Länder ausgerichtet ist, muss dieser Tatsache Rechnung tragen und auf die spezifischen Begebenheiten Rück-
524 sicht nehmen.

525 Wir halten dabei die grundsätzliche Ausrichtung der europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), welche auf
526 die Nachbarstaaten in Nordafrika und den Nahen Osten (Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen,
527 Marokko, Palastinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien) sowie den Osten (Belarus, Moldau, Ukrai-
528 ne, Armenien, Georgien, Aserbaidschan) ausgerichtet ist, für richtig. Gleichzeitig sehen wir Jusos aber Ver-
529 besserungspotential in ihrer Ausgestaltung. So müssen die grundlegenden mittel- und langfristigen Ziele der
530 ENP dringend genauer definiert werden, damit eine klare Strategie erkennbar wird. Auch im Hinblick auf die
531 mangelhafte individuelle Differenzierung zwischen den Mitgliedsstaaten, muss die ENP weiterentwickelt wer-
532 den.

533

534 *Die Erweiterung der EU*

535 Die europäische Erweiterung ist in jüngster Zeit ins Stocken geraten. Wir sind der Überzeugung, dass die EU
536 ein Projekt ist, welches schon zu Beginn darauf konzipiert wurde, durch eine stetige Erweiterung den gesam-
537 ten Kontinent zu vereinen. Gleichzeitig muss klar sein, dass, wer Teil der Europäischen Union sein will, auch

538 ein Mindestmaß an Rechtsstaatlichkeit braucht sowie für unsere Werte Demokratie und Freiheit entstehen
539 muss. Die Staaten der westlichen Balkanregion befinden sich beispielsweise seit langer Zeit in Verhandlungs-
540 prozessen mit der EU und können glaubwürdige Anstrengungen vorweisen. Wir sind der Meinung, dass diese
541 Länder, welche auch von EU-Staaten umschlossen sind, dringend eine echte Beitrittsperspektive brauchen. Die
542 EU muss hier mehr Förderung leisten und die Prozesse beschleunigen, wenn sie durch lange Verzögerungen
543 nicht die Sympathien der örtlichen Bevölkerung verlieren will.

544 *Die EU-Türkeipolitik*

545 Das mit der Türkei bestehende Assoziierungsabkommen, welches den Beitritt des Landes vorbereiten soll,
546 steht auf wackeligeren Beinen, denn je. Die jüngsten Entwicklungen des Landes hin zu quasi diktatorischen
547 Strukturen beobachten wir dabei mit Sorge. Zwar sehen wir langfristig auch die Türkei als Teil der EU, halten
548 aber kurz- und mittelfristig einen Beitritt für unmöglich, solange nicht entscheidende Schritte hin zu mehr
549 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gemacht werden.

550 Das völkerrechtswidrige Vorgehen der Türkei in Syrien, sowie der Umgang mit der kurdischen Minderheit,
551 mit Pressefreiheit und Gewaltenteilung zeigen, dass die Türkei am Scheideweg steht. Sollte es nicht möglich
552 sein, den aktuellen Trend der Totalisierung des Staates aufzuhalten, muss die EU den Mut haben, den Verlust
553 gemeinsamer Werte und Grundsätze auch in der NATO zu thematisieren. Die EU muss nach Wegen suchen,
554 sich der zweifellos bestehenden Druck-Situation durch das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei zu entzie-
555 hen.

556 *Den neuen Kalten Krieg verhindern*

557 An der östlichen Grenze der Europäischen Union herrscht große Angst vor unserem Nachbar Russland, die
558 von Teilen der deutschen Gesellschaft als unbegründet oder selbst provoziert abgetan wird. Für uns ist klar,
559 dass innerhalb EU die Sorgen der östlichen Mitgliedsländer vor russischen Militäraktivitäten ernst genommen
560 werden müssen. Wir wissen, dass gerade in den baltischen Staaten große Ängste bestehen. Das Sicherheits-
561 bedürfnis dieser Mitglieder muss für den Zusammenhalt der EU gewahrt bleiben und darf nicht leichtfertig
562 abgetan werden. Die EU muss die hierfür nötigen Schritte einleiten.

563 Doch nicht nur in Osteuropa erlebt eine Einmischung durch Russland: Die Kooperation zwischen der russi-
564 schen Regierung und rechtsnationalen Parteien und Bewegungen in vielen europäischen Staaten sehen wir
565 kritisch. Eine Einmischung in die internen politischen Prozesse verbitten wir uns.

566 Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim hat gezeigt, dass der amtierende russische Präsident Putin auch
567 nicht vor dem Einsatz von Militär zurückschreckt, um seine Einflussosphäre auszuweiten. Das Prinzip der So-
568 lidarität gebietet es uns, unsere östlichen Mitgliedsländer zu unterstützen und zu schützen – alleine stehen
569 sie Russland hilflos gegenüber. Wir stehen zum Minsker Abkommen: Wenn Russland sich an der Beilegung
570 der militärischen Auseinandersetzung beteiligt, ist klar, dass Sanktionen aufgehoben werden. Wir bekennen
571 uns jedoch auch zur Souveränität unserer Nachbarn: Wenn sich Staaten wie die Ukraine für einen Beitritt in
572 internationalen Organisationen wie die EU interessieren, sehen wir keinen Grund dies grundsätzlich zu ver-
573 neinen.

574 *Die Verantwortung Europas in Afrika*

575 Die Europäische Union hat schon seit langem die Notwendigkeit einer Unterstützung der afrikanischen Staa-
576 ten erkannt und mit den sogenannten Lomé-Abkommen sowie dem darauffolgenden Cotonou-Abkommen
577 finanzielle Mittel der Mitgliedsstaaten gebündelt. Obwohl die Mittel immer wieder erhöht wurden und dem
578 Cotonou-Abkommen eine zielführende Strategie gegeben wurde, lassen sich Erfolge kaum erkennen. Wir for-
579 dern angesichts des Auslaufens des Cotonou-Abkommens im Jahre 2020 ein Cotonou 2.0, das andere Schwer-
580 punkte in der Entwicklungszusammenarbeit legt.

581 Analog zu unserer Vorstellung von guter Entwicklungszusammenarbeit, muss auch in Afrika der Fokus darauf
582 liegen, staatliche Institutionen so zu fördern, dass der Rechtsstaat gestärkt wird und ein nachhaltiges Wachs-
583 tum ermöglicht werden kann. Dabei dürfen wir auch die Vielfalt des Kontinents nicht aus den Augen verlieren:
584 Es gibt nicht „ein“ Afrika. Wir haben auf der einen Seite Länder mit einer halbwegs stabilen Entwicklung, wie
585 etwa Kenia oder Südafrika, auf der anderen Seite aber auch Länder wie den Kongo, der von kriegerischen
586 Konflikten geprägt ist, oder Burkina Faso, in dem große Armut herrscht. Ein Cotonou 2.0 muss diesem Hin-
587 tergrund Rechenschaft tragen und eine diverse Herangehensweise an die Bedürfnisse der einzelnen Länder

588 ermöglichen.

589 Die Neuordnung der EU-Afrikapolitik muss ein Umdenken im Bereich der Agrarsubventionen beinhalten. Die-
590 se Mittel, welche aus dem EU-Haushalt finanziert werden, sorgen dafür, dass ein Anreiz zur Überproduktion
591 von gewissen Agrargütern entsteht. Gleichzeitig können die Güter dadurch so billig produziert werden, dass
592 sie durch den Export nach Afrika die dort heimische Agrarproduktion preislich deutlich unterbieten. Dadurch
593 werden besonders die in vielen Entwicklungsländern vorherrschenden kleinbäuerlichen Strukturen vernichtet,
594 da die LandwirtInnen ihre Güter nicht mehr zu einem kostendeckenden Preis anbieten können.

595 Wir betonen deshalb unsere Forderung nach einer Reduzierung und Neuordnung dieser Subventionen, da
596 sie einen marktverzerrenden Charakter haben und unsere Anstrengungen für eine nachhaltige Entwicklung
597 besonders auf dem afrikanischen Kontinent untergraben. Die EU sollte in Zukunft Daten über die durchschnitt-
598 lichen Produktionskosten in Entwicklungsländern erheben und so einen Vergleich mit den Exportpreisen er-
599 möglichen. Dadurch wird es möglich, bei exportierenden Unternehmen eine Abgabe zu erheben, die sicher-
600 stellt, dass Produkte nicht zu niedrigeren Preisen ausgeführt werden. Für uns ist klar, dass die Förderung von
601 Modernisierungsinvestitionen in Gänze eingestellt werden muss – die Subventionen sollen sich zukünftig auf
602 die gesellschaftlichen Ziele Umwelt- und Landschaftsschutz, Lebensmittelsicherheit, Tierschutz und Förderung
603 ländlicher Räume konzentrieren.

604 *Der Brexit – eine Frage des Prinzips*

605 Der Austritt des vereinigten Königreichs stellt eine Zäsur für die Entwicklung der EU dar. Wir bedauern die
606 Entscheidung zutiefst, gleichwohl darf der Brexit nicht dazu führen, dass das Vereinigte Königreich die Vorteile
607 der EU weiterhin genießen kann, während Verpflichtungen entfallen.

608 Wir sprechen uns dagegen aus, England eine Mitgliedschaft in der Zollunion zu gewähren oder durch ein neues
609 Freihandelsabkommen die Folgen des Brexits abzumildern. Bewegungen innerhalb Englands, eine erneute
610 Abstimmung anzustreben, unterstützen wir Jusos indes.